

Empfehlung zuhanden des Ständerats bez. Revision des CO₂-Gesetzes
(09.067) am 7. März 2011

Griffige Inlandmassnahmen - Auslandabhängigkeit reduzieren - Arbeitsplätze schaffen

Die AEE vertritt als Verband die zukunftsgerichteten Unternehmen, welche im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in Wachstumsmärkten tätig sind. Internationale Vergleiche zeigen, dass Länder mit ambitionierten energiepolitischen Rahmenbedingungen rasch die Innovationsführerschaft in den entsprechenden technologischen Märkten gewinnen können. Mit der Revision des CO₂-Gesetzes bietet sich jetzt Gelegenheit, den Geldabfluss an politisch instabile Länder zu verringern und stattdessen in nachhaltige Arbeitsplätze in der Schweiz zu investieren.

Mit der Zustimmung zu den nachfolgenden Punkten wird nicht nur ein wichtiger Beitrag für eine sinnvolle Klimapolitik geleistet, sondern es werden auch positive Rahmenbedingungen geschaffen, damit die Schweizer Wirtschaft nachhaltig wachsen, sich als einer der wichtigsten Werkplätze in den zukunftssträchtigen Märkten der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz positionieren und davon profitieren kann.

1) Reduktionsziel (Art. 3): Die Fassung des Nationalrates (Minderheit I) mit dem 20%-Inland-Reduktionsziel ist der minimale politische Kompromiss.

Ohne die Verknüpfung mit dem starken Inlandziel in Art. 3 gemäss dem Nationalrat sind Massnahmen nach Art. 23 (Kompensation bei Treibstoffen) oder Art. 26 (Brennstoffabgabe) faktisch ohne lenkende Wirkung. Art. 5 gemäss UREK-S erlaubt dem Bundesrat, maximal die Hälfte der Reduktionen mit Auslandszertifikaten zu kaufen. Mit dem 10 Prozent Inland-Reduktionsziel verbleibt eine wenig griffige Zielsetzung, die zielverbundenen Massnahmen bleiben ohne Wirkung.

Fazit: Mit dem UREK-S-Ziel von 10 Prozent im Inland verpasst die Schweizer Wirtschaft eine Chance. Anreize für Gebäudesanierungen bleiben gering. Die Minderheit II (Cramer) oder allenfalls die Minderheit I (Diener; entspricht Fassung Nationalrat) sind die massiv bessere Option für das Schweizer Gewerbe, die Innovation und den Standortwettbewerb.

2) CO₂-Abgabe auf Brennstoffe (Art. 26): Unterstützung Minderheit Cramer

Lenkungsabgaben sind ein sehr wirksames Mittel zur Zielerreichung, speziell wenn die Abgaben an die Zielerreichung (Art. 3) gekoppelt werden. Fossile Brennstoffe sind in der Schweiz im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern praktisch steuerfrei. Die externen Klimakosten müssen deshalb mit der CO₂-Abgabe internalisiert werden.

Gemäss Bundesgerichtsbeschluss sind 90 CHF/t CO₂ angemessen. Bisher betrug der Höchstsatz 210 CHF /t CO₂. Dieser wurde in der Minderheit Cramer auf 180 CHF/t CO₂ reduziert. Somit ist die Minderheit Cramer ein gemässiger Vorschlag.

3) CO₂-Abgabe auf Treibstoffe (Art. 27): Einführung gemäss Bundesrat bzw. Minderheit Berset

Aufgrund von fehlenden Massnahmen im Treibstoffbereich gab es in diesem Bereich bis jetzt keinerlei klimapolitische Fortschritte. Eine Abgabe für Treibstoffe würde dies ändern.

4) Gebäudesanierungsprogramm (Art. 32): gemäss Mehrheit.

Die A EE gehörte zu den wichtigsten Promotoren des Gebäudeprogramms. Bereits im ersten Jahr des Programms wurden alle Programmmittel vergeben. Selbst mit der vorgesehenen Programmittelaufstockung – welche bis 2019 beschränkt sind – würde es mehr als 40 Jahre dauern, bis alle Gebäude saniert worden sind. Um auch in Zukunft kosteneffizient und umfangreich Energie zu sparen und die Erdölabhängigkeit der Schweiz zu vermindern, ist eine Aufstockung sinnvoll.